
Von der DRP zur NPD: Parteipolitische Kontinuitäten im deutschen Rechtsextremismus

2.1 Die nationale Opposition in der Bundesrepublik. Phasen ihrer Entwicklung

Wird die Entstehung und Entwicklung der extremen Rechten als historischer Prozess dargestellt, so ist es nötig, den Gang der Ereignisse sinnvoll zu strukturieren und eine Periodisierung vorzunehmen. Allerdings besteht in dieser Hinsicht keinerlei Einheitlichkeit in der Forschungsliteratur (vgl. Botsch 2016a). Im Folgenden orientiere ich mich an einer von mir vorgeschlagenen Periodisierung (Botsch 2012, 2016a), die sowohl die innere Entwicklung des Milieus als auch den allgemeinen historischen Prozess berücksichtigt. Dabei erweist sich die Deutschlandpolitik als Zäsur bildendes Moment: Mit der neuen Ostpolitik ab 1970 und der deutschen Einigung 1990 lässt sich jeweils der Beginn einer neuen Phase in der Geschichte des radikalen Nationalismus in der Bundesrepublik erkennen. Beide Zäsuren waren verbunden mit enttäuschenden Bundestags-Wahlergebnissen rechtsextremer Parteien; ihnen folgten jeweils ausgesprochene „Widerstands“-Strategien, die mit aktionistischer außerparlamentarischer Mobilisierung und Gewalt verbunden waren. Im zeitlichen Umfeld dieser Zäsuren lassen sich darüber hinaus Wandlungsprozesse fixieren, die eine Pluralisierung und größere kulturelle Vielfalt der deutschen Gesellschaft mit sich brachten und damit die Rahmenbedingungen für nationalistische Politik veränderten. Diese Zäsuren geben insgesamt eine gute Orientierung, obgleich sie sich nicht ganz passgenau mit der Entwicklung des parteipolitischen Rechtsextremismus in Deckung bringen lassen. So werden drei Phasen voneinander abgegrenzt, die jeweils zwei Jahrzehnte umfassen: von 1949 bis 1969, von 1970 bis 1989 und eine Phase, die 1990 beginnt. Manches spricht dafür, dass zu Beginn der 2010er Jahre eine weitere Phase einsetzt, die unter dem Einfluss der tief greifenden europäischen Krise mit

ihren Rückwirkungen auf die nationale Politik in der Bundesrepublik Deutschland steht. Eine klare Zäsur lässt sich allerdings noch nicht fixieren, dies wird erst mit zunehmendem Abstand möglich sein. Für die vorliegenden Studien sind diese Ereignisse weniger relevant, da sie außerhalb des eigentlichen Untersuchungszeitraums liegen.

Die drei Entwicklungsphasen der nationalen Opposition bis ungefähr 2010 lassen sich vor dem Hintergrund der Entwicklung der bundesdeutschen Demokratie zusammenfassend so charakterisieren:

1. Die nationale Opposition in der Nachkriegszeit. Während die bedeutenden Fragen der Innen-, Außen- und Deutschlandpolitik, der demokratischen Verfassung und der pluralistischen Prägung der deutschen Nachkriegsgesellschaft zunehmend in einem Sinne beantwortet worden waren, der den Wünschen und Hoffnungen der nationalen Opposition zuwiderlief, rangen die neu gegründeten radikalnationalistischen Parteien, Verlage, Kulturinitiativen und Jugendverbände um ihre Stellung innerhalb der politischen Kultur der Bundesrepublik, wurden aber – teils durch ihre eigene Positionierung, teils durch externe Marginalisierung und Ausgrenzung – auf eine randständige Stellung verwiesen, aus der auch die NPD nicht hervorzutreten vermochte, und entwickelten sich so zur „besonderen politischen Kultur“ (Dudek und Jaschke 1984).
2. Die nationale Opposition im Übergang. Die außen- und deutschlandpolitische Neuorientierung der sozialliberalen Koalition in Verbindung mit einer voranschreitenden Demokratisierung und einem raschen kulturellen Wandel, der nun tendenziell in Richtung eines Einwanderungslandes beziehungsweise einer wachsenden kulturellen Vielfalt wies, stellten die nationale Opposition vor erhebliche Herausforderungen und bedingten einen Prozess der Umorientierung und des Erprobens verschiedener Strategien, der sehr krisenhaft verlief, durch Desintegration und erbitterten inneren Konflikt geprägt war. Gleichwohl behauptete sich das Lager als fundamentaloppositionelle Subkultur, regenerierte sich und konnte in der zweiten Hälfte dieser Übergangsjahre wieder offensiver agieren.
3. Die nationale Opposition im geeinten Deutschland. Die Vereinigung Deutschlands durch Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes enttäuschte die Erwartungen der nationalen Opposition ein weiteres Mal. Die Verjüngung des Lagers aus dem Reservoir einer breiter werdenden radikalnationalistischen Subkultur wurde in der zweiten Hälfte dieser Phase in eine Sammlungspolitik unter dem Dach der NPD überführt, die tendenziell die

seit den 1970er Jahren desintegrierten Unterströmungen zusammen zu führen vermochte. Kaum noch interessiert an seiner Re-Integration in die politische Basiskultur, pflegte der radikale Nationalismus nun die Ausbildung einer gesellschaftlich randständigen, in sich aber lebhaft ausdifferenzierten Gegen-Kultur.

Das folgende Kapitel gliedert sich in drei Abschnitte, deren erster der Entwicklung von der DRP und ihren Vorläuferinnen bis zum Scheitern der NPD bei den Bundestagswahlen 1969 gewidmet ist. Nach einer krisenhaften Entwicklung zu Beginn der 1970 begann für die NPD eine lange Interimsphase, die „Ära Mußgung“, mit der sich der zweite Abschnitt befasst. Mit dem Ende dieser Phase im Jahr 1990 öffnete sich die NPD zunehmend für neo-nationalsozialistische Positionen, wie im dritten Teil gezeigt wird.

2.2 Vom Reichsnationalismus zur Nationaldemokratie

Erste radikalnationalistische Parteien, die später unmittelbar zu Vorläuferinnen der Deutschen Reichspartei werden sollten, wurden nach 1945 in Westdeutschland aus dem Impuls heraus begründet, an nationalkonservative Tendenzen der Weimarer Republik anzuknüpfen, welche selbst nicht vollständig oder eindeutig im Nationalsozialismus aufgegangen waren.¹ Die Gründung der Deutschen Konservativen Partei (DKP) entsprach dem Versuch, den Parteiapparat der alten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) im nord- und nordwestdeutschen Raum neu zu beleben. Die Deutsche Aufbau-Partei (DAP) wurde von früheren Angehörigen der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP) ins Leben gerufen, die 1922 als Dissoziation des völkischen Flügels aus der DNVP entstanden war. DKP und DAP blieben auf den britischen Sektor beschränkt. Im März 1946 fusionierten sie unter dem Namen Deutsche Konservative Partei-Deutsche Rechtspartei (DKP-DReP). Die dritte Kraft, die schließlich in die DRP einging, die Nationaldemokratische Partei (NDP), knüpfte unmittelbar an den DNVP-nahen Flügel des Hessischen Bauernbundes (später: Hessischer Landbund) in Oberhessen an. Im

¹Der folgende historische Abriss greift zurück auf Botsch 2011a, 2012a, 2016a. – Vgl. zum Folgenden auch: Jenke 1961; Tauber 1967; Stöss (Hrsg.) 1986; Stöss 1989; Sowinski 1998; aus der Binnenperspektive: von Thadden 1990; Apfel 1999.

Juni 1948 begann die Kooperation zwischen DKP-DReP und NDP, als beide Parteien die „Arbeitsgemeinschaft Nationale Rechte“ bildeten. DKP-DReP und NDP versuchten zunächst, sich vom Nationalsozialismus abzusetzen und an autoritäre, traditionalistische und konservative Entwicklungslinien anzuknüpfen. Dabei spielten, bei unterschiedlicher Nuancierung, (berufs-) ständische und legitimistische (monarchistische) Gedankengänge eine gewisse Rolle; die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundorientierungen entsprachen teils denjenigen der traditionellen protestantischen Eliten, teils denjenigen des ländlichen, agrarischen sowie des städtischen, gewerblichen Mittelstands.

Im Prozess der Bündelung und Sammlung dieser Kräfte kam ein weiteres Element hinzu: Die Gruppe der „ewiggestrigen“ Nationalsozialisten. Ihre Angehörigen waren dem Alter nach zumeist jünger. Sie befanden sich häufig in prekärer sozialer Lage, da sie zum Teil sozial niedrigeren Schichten entstammten, häufig auch bei Kriegsende „deklassiert“ worden waren, sei es als Heimatvertriebene, als Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft oder als frühere Funktionäre nationalsozialistischer Organisationen und Institutionen (vgl. Schmollinger 1986d, S. 2326 ff.; Kaltefleiter 1966, S. 131 ff.). An der „sozialreaktionären“ Linie der überkommenen deutschnationalen Parteielite übten sie scharfe Kritik. Namentlich in Niedersachsen assoziierte sich die Gemeinschaft unabhängiger Deutscher (GuD) um Fritz Dorls, Franz Richter (alias Fritz Rößler), Otto-Ernst Remer und Gerhard Krüger der dortigen Deutschen Rechtspartei; in Hessen erschloss sich die NDP durch den ebenfalls neo-nationalsozialistisch orientierten Wiesbadener Kreis um Karl-Heinz Priester ein weiteres regionales Standbein. Spektakuläre kommunale Wahlerfolge der NDP, die im April 1948 im hessischen Wiesbaden 24,4 % erreichte (landesweit: 3,4 %) und der Deutschen Rechtspartei, die es im November im niedersächsischen Landkreis Gifhorn auf 30,7 % brachte (landesweit: 3,8 %, wobei die Partei in Wolfsburg fast 70 % erreichte) (vgl. Jenke 1961, S. 58 ff.; Schmollinger 1986e, S. 1014; Dudek und Jaschke 1984, Bd. 1, S. 191 ff.), ließen sich auf das Konto des neo-nationalsozialistischen Flügels verbuchen. Diese Kräfte forderten nun eine stärkere Repräsentation in ihren jeweiligen Mutterparteien ein. Ungeachtet erheblicher innerparteilicher Spannungen hielten DKP-DReP und NDP zunächst an ihren Versuchen fest, den NS-orientierten Flügel zu integrieren. Erst nach der Bundestagswahl kam es zur Dissoziation: Nachdem die DKP-DReP die bekanntesten GuD-Aktivistinnen ausschloss, begründeten diese im Oktober 1949 die offen neonazistische Sozialistische Reichspartei (SRP) (vgl. Büsch und Furth 1957; Jenke 1961, S. 73 ff.; Tauber 1967, S. 689 ff.; Schmollinger 1986d; Dudek und Jaschke 1984, Bd. 1, S. 64 ff.; Frei 1999, S. 326 ff.; Gnad 2005a; Hansen 2007). Die Gruppe um Karl-Heinz Priester schied

kurz darauf auf eigene Initiative aus der NDP aus, schloss sich zunächst der SRP an, ging dann aber eigene Wege (Frederik o. J., S. 69 ff.; Tauber 1967).

Nur aufgrund ihrer regionalen Verankerung in Niedersachsen gelang es der DKP-DReP, mit fünf Mandaten in den ersten deutschen Bundestag einzuziehen. Über die hessische Wahlliste der F.D.P. ins Parlament gelangt, schloss sich Heinrich Leuchtgens, die Führungsfigur der NDP, entsprechend den Vereinbarungen der gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft diesen Abgeordneten an, die jetzt unter der Bezeichnung „Nationale Rechte“ auftraten. Zu klein für eine Fraktion, zerfiel die Gruppe rasch. Die „Nationale Rechte“ war auf parlamentarischer Ebene gescheitert. Die Bezeichnung überlebte noch für einige Jahre, als nach der Gründung der DRP versprengte Parteireste unter diesem Namen auftraten.

Schon in diesen Jahren zeigen sich die typischen Fliehkräfte, die auch in späterer Zeit nationaloppositionelle Parteien regelmäßig – trotz ihres kleinen Mitgliederkreises – einer starken Dehnung und Überdehnung aussetzten. Diese Fliehkräfte wirkten in zwei Richtungen: Einerseits hielt ein Flügel der jeweiligen Parteien den nationaloppositionellen Fundamentalismus nicht durch, zog sich resigniert zurück oder suchte Wege der politischen Partizipation und assimilierte sich nach und nach dem politischen System der parlamentarischen Demokratie. Auf der anderen Seite drängte ein radikaler, zumeist am historischen Nationalsozialismus ausgerichteter Flügel auf Radikalisierung, was sich auf eine Strategie fundamentaloppositioneller Legalität negativ auswirkte und mittelfristig zu Aus- und Abgrenzungsprozessen führen musste. Das bedeutete in der Regel den Verlust eines besonders mobilisierungsfähigen Teils der Anhängerschaft. Brachten diese Fliehkräfte die angestrebte „nationale Sammlung“ zum Scheitern, so blieb letztlich nur die prekäre Alternative, der sich die DKP-DReP bereits um die Jahreswende 1949/1950 ausgesetzt sah: „eine Randexistenz im bürgerlichen Spektrum des Parteiensystems oder eine Randexistenz im heterogenen Lager der ‚Nationalen Opposition‘ zu führen“ (Schmollinger 1986e, S. 1024).

Die Hinwendung weiter Teile des bürgerlich-nationalen Potenzials zu den Unionsparteien und ihren bürgerlichen Bündnispartner einerseits, die Herausbildung einer neo-nationalsozialistischen Wahlpartei andererseits zwangen die verbliebenen integrationsorientierten Kräfte der nationalen Opposition zu engerer Zusammenarbeit. Wenige Monate nach der Dissoziation der SRP gründete der niedersächsische Landesverband der Deutschen Rechtspartei, dem auch der spätere NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden angehörte, gemeinsam mit der NDP im Januar 1950 die Deutsche Reichspartei. Dieser Schritt hatte zum Ziel, „die

jeweiligen innerparteilichen Oppositionsgruppen zu domestizieren“ und zugleich die „Verhandlungschancen für eine beabsichtigte, innerparteilich aber umstrittene Fusion“ mit der Deutschen Partei (DP) zu verbessern (Schmollinger 1986b, S. 1113). Die DP selbst schwankte zu diesem Zeitpunkt noch zwischen radikal-nationalistischer Fundamentalopposition und einem Kurs der Unterstützung der bürgerlichen Koalition Adenauers, welcher sich relativ bald durchsetzen konnte. Beim Versuch, beiden Richtungen der zentrifugalen Kraftentfaltung entgegen zu wirken, galt es, erhebliche innere Widersprüche zu überwinden. Was die beiden Fusionspartner, aus denen die DRP entstand, „trotz ihrer organisatorischen Schwäche und trotz ihrer unterschiedlichen politischen Orientierungen nachge- gerade zusammenzwang, war ihre Einschätzung, daß in der Konkurrenz zur SRP ein deutschnationaler Parteikurs, wie ihn der DKP-DReP-Vorstand ... vertrat, zum Scheitern führen werde. Sie strebten vielmehr eine Synthese, zumindest aber ein Bündnis von deutschnationaler und nationalsozialistischer Tradition an“ (Schmollinger 1986b, S. 1114).

Die Geschichte der Deutschen Reichspartei lässt sich, aufs Ganze besehen, als Versuch beschreiben, die eigene organisatorische Struktur mit dem Ziel auszubauen, sie in eine breitere, umfassendere nationaloppositionelle Sammlungspartei zu überführen. Mit der Gründung der NPD im Jahr 1964, die maßgeblich von DRP-Funktionären initiiert worden war und für die der DRP-Apparat das organisatorische und personelle Rückgrat stellte, war diese Sammlungsbewegung Mitte der 1960er Jahre erfolgreich geschaffen worden. Daher hat es durchaus seine sachliche Berechtigung, wenn die Forschungsliteratur die DRP zunächst vor allem als „Vorläuferin der NPD erwähnt“ (Dudek und Jaschke 1984, Bd. 1, S. 181; vgl. Sowinski 1998, S. 7).² Für die parteipolitische Entwicklung der extremen Rechten in der Bundesrepublik kommt der DRP eine „Schlüsselstellung“ zu: Nicht nur stellte sie 1964 „die organisatorische Infrastruktur und personelle Substanz für die NPD bereit, in ihr bündeln sich auch 1950 die diversen Strömungen der ‚nationalen Opposition‘, in ihr sammeln sich die Versprengten der gescheiterten Fusionsbemühungen des rechten Lagers: nationalkonservative Vertreter ebenso wie ehemalige Nationalsozialisten“ (Dudek und Jaschke 1984, Bd. 1, S. 181). Dabei waren es einflussreiche Glieder von Apparat und Parteileitung, die

²In diesem Sinne behandeln die DRP u. a. Smoydzin 1967, S. 81 ff.; Niethammer 1969, S. 55 ff.; Kühnl et al. 1969, S. 23 ff.; Hoffmann 1999, S. 47. Eigenständige Darstellungen bei Jenke 1961, S. 231 ff. und passim; Tauber, 1967, S. 740 ff.; Schmollinger 1986b; Gnad 2005b; vgl. auch Rowold 1974, S. 209 ff.; Backes und Jesse 1989, S. 55 ff.; Stöss 1989, S. 133 ff.; Assheuer und Sarkowicz 1992, S. 14 ff.

an der Sammlungspolitik festhielten. So unterscheidet sich die DRP von anderen nationalistischen Gruppen unter anderem dadurch, dass sie „nicht zu den kleinen doktrinären Führerorden“ gehörte, sondern „stets kollektiv geführt“ wurde und „stets das größte Gewicht ihrer Tätigkeit auf den Ausbau der Organisation und eine publikumswirksame Propaganda“ legte (Niethammer 1969, S. 55 f.). Es ist bemerkenswert, dass die Gründung der DRP offenbar realistischer Weise nicht als Abschluss der nationalen Sammlung begriffen wurde, sondern nur als Durchgangsstadium.

Aus der Perspektive der Kontinuitätsproblematik heraus ist die DRP aufgrund ihres transitorischen Charakters und – dies ist die andere Seite derselben Medaille – zugleich als organisatorische Garantin der Kontinuität von Bedeutung. Wie Manfred Rowold Mitte der 1970er Jahre bemerkte, stellt „der DRP-Apparat das eigentliche Kontinuum des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik [dar], weit mehr als etwa geistige Offensivkraft oder weltanschauliche Tradition“ (Rowold 1974, S. 213). Dies aber nur, weil und insoweit es der DRP gelang, ihren Apparat, einen Teil des Personals und die weltanschaulich-politische Grundbotschaft des radikalen Nationalismus über die für die extreme Rechte problematischen 1950er Jahre hinaus zu konservieren, zu transformieren und in eine breiter angelegte Sammlung zu überführen. Dieses Grundverständnis, dass die DRP nicht Endpunkt einer nationaloppositionellen Sammlungspolitik, sondern ihr Ausgangspunkt oder ihr Medium ist, bestimmte denn auch einen wesentlichen Teil der politischen Praxis dieser Partei, die in unermüdlichem Chambrieren und Antichambrieren zugunsten immer neuer Bündnisoptionen bestand. Über den einzuschlagenden Weg wurde nie abschließend Einigkeit erzielt, zumal die programmatische Offenheit der DRP „es den verschiedenen Parteitendenzen ... ermöglichte, gegen die jeweils vorherrschende Ideologie, Programmatik und Praxis vorzugehen“ (Schmollinger 1986b, S. 1117; vgl. Dudek und Jaschke 1984, Bd. 1, S. 257 ff.). Verloren diese Sammlungsversuche zeitweilig an Fahrt, so waren es jeweils bevorstehende Wahlen, insbesondere auf Bundesebene, die zu erneuten Versuchen der Kräftekonzentration führten: „Die Partei wird dadurch integriert, daß sie, wo immer möglich, an Wahlen teilnimmt und sich um des großen, kaum näher definierten Zieles willen zur Wahlkampfgemeinschaft formiert“ (Niethammer 1969, S. 55).

Unter anderem daraus resultieren die programmatischen Schwankungen im Kurs der Partei, die ihre Geschichte in den 1950er Jahren bestimmen. Zwar stand die DRP bereits in der ersten Phase ihrer Existenz für die auf Überzeugungstreue beharrenden ehemaligen Nationalsozialisten offen, sie wurde aber zunächst von

der Mobilisierungskraft der SRP deutlich überflügelt. Noch verhältnismäßig stark durch den deutschnationalen Konservatismus geprägt, orientierte sie vornehmlich auf Bündelung der Kräfte rechts von der Union, unter Einbeziehung namentlich auch der kleineren bürgerlichen Rechtsparteien. Mit dem Verbot der SRP 1952 und dem vollständigen Scheitern der nationaloppositionellen Wahlparteien bei der Bundestagswahl 1953 stellte sich in der „Zeit der Flaute“ (Frederik o. J., S. 30) für die DRP jene widersprüchliche Situation ein, die die Partei spätestens seit der zweiten Phase ihrer Entwicklung charakterisieren sollte: Einerseits musste sie sich in einem politisch irrelevanten Randbereich der politischen Kultur der Bundesrepublik einrichten; andererseits wurde sie zur hegemonialen Kraft innerhalb der nationalen Opposition, indem sie nach dem Verbot der SRP zahlreichen Parteiführern, die sich „primär rechtsextremistischen ideologischen Traditionslinien verpflichtet fühlten, [...] angemessene Aktionsmöglichkeiten zur Verfolgung ihrer antidemokratischen Perspektiven“ bot (Schmollinger 1986d, S. 2331; vgl. Schmollinger 1986b, S. 1150; Sowinski 1998, S. 32 ff.). Zugleich gelang es der DRP, in den süd- und südwestdeutschen Raum vorzudringen, wo bislang die konkurrierende Deutsche Gemeinschaft (DG) vorherrschend gewesen war (vgl. Stöss 1986b).

Der Preis für die Hegemonie war ein charakteristischer programmatischer Opportunismus. Hatten die Vorläuferparteien der DRP in der Besatzungszeit noch an eine dem Nationalsozialismus gegenüber distanzierte, teilweise legitimistische Position anzuknüpfen versucht, und stand die DRP in den ersten Jahren einer antibolschewistischen Westorientierung noch relativ offen gegenüber, so schwenkte sie 1953 auf einen nationalneutralistischen Kurs um. Der programmatische Opportunismus der DRP – der in späteren Erfolgsphasen auch die NPD charakterisieren sollte – bezog sich mithin nicht auf die Masse der Wahlbevölkerung, orientierte sich im Gegenteil sogar an einer schmalen dissidenten Minderheit, die gesellschaftlich und politisch isoliert blieb. Er darf also nicht mit einer rechtspopulistischen „Catch-All“-Politik verwechselt werden, wie sie vor allem seit den 1980er Jahren in verschiedenen europäischen Ländern relevant wird (vgl. Pfahl-Traughber 1994; Kitschelt und McGann 1995; Mudde 2007) oder gegenwärtig die Partei Alternative für Deutschland (AfD) (vgl. Lewandowsky 2015; Bebnowski 2015; Häusler 2016) charakterisiert. Der Opportunismus der DRP reagierte vielmehr auf die im nationalen Milieu gerade vorherrschende Stimmungslage und stand in engem Zusammenhang mit einer in der Literatur häufig formulierten Eigenheit der DRP-Programmatik: Ihrer relativen Offenheit und Unbestimmtheit. Nach Niethammer sei die DRP „nicht an ein bestimmtes

Programm, eine fixierbare Ideologie oder eine bleibende Trägerschicht gebunden, sondern sie steht nur ganz ungefähr für eine Mentalitätsrichtung ..., hebt sich von ihren ursprünglichen sozialen Voraussetzungen ab und reproduziert sich als Institution“ (Niethammer 1969, S. 56; vgl. Schmollinger 1986b, S. 1117 ff.; Dudek und Jaschke 1984, Bd. 1, S.208 ff.; Sowinski 1998, S. 211 ff.). Damit zog sie durchaus Lehren aus vorangegangenen Phasen radikalnationalistischer und völkischer Politik. Hier hatten programmatische Debatten oft zu erbittertem Widerspruch, Spaltung und Sektenbildung geführt.

Als sich Ende der 1950er Jahre erste Risse in der durch Adenauer integrierten bürgerlichen Parteienlandschaft zeigten, gelang es der Deutschen Reichspartei, im Vertrauen auf die stabile Anbindung des NS-orientierten Teils der Anhängerschaft, nicht zuletzt durch programmatischen Wandel die bündnispolitische Basis erneut auszudehnen. Eine Gruppe um Adolf von Thadden und den Verleger Waldemar Schütz schuf sich mit der „Deutschen Wochenzeitung“ ein von der Parteiführung unabhängiges Organ und erreichte schrittweise die Abkehr vom bisherigen Kurs, die zum Ausscheiden der Neutralisten um den bisherigen Parteivorsitzenden Heinrich Kunstmann führte. So isoliert die DRP gesamtgesellschaftlich war – innerhalb der nationalen Opposition hatte sie ihre hegemoniale Stellung trotz ihrem kritischen Zustand halten können. Dass es für die am Nationalsozialismus orientierten Strömungen keine Alternative gab, bildete für die DRP das sichere Fundament, von dem aus sie an eine Erweiterung ihres Einflusses denken konnte. Dabei betonte sie nun ihren überkommenen, nie wirklich abgelegten Antibolschewismus und konnte so einen Teil des nationalistisch orientierten bürgerlichen Lagers ansprechen, sobald die Bundesregierung sich vorsichtig einem Entspannungskurs anzunähern begann. Einerseits hoffte die nationale Opposition, von den Friktionen innerhalb des Regierungslagers zu profitieren, die in den 1960er Jahren zur Auflösung der Adenauer'schen Kanzlerdemokratie führten. Zugleich konnte sie aber auch auf eine neue Entwicklung innerhalb des nationalistischen Milieus rechnen. Seit dem Ende der 1950er Jahre rückte eine junge, in radikalnationalistischen Jugendbünden und -verbänden herangewachsene Generation von Anhängern nach und suchte, beflügelt von aktionistischem Drang, nach einem politischen Betätigungsfeld. Unmittelbar stürzte dieser Aktivismus die DRP allerdings in eine Krise, als sie seit Dezember 1959 in eine Aufsehen erregende Welle antisemitischer Schmierereien verwickelt wurde (Dudek und Jaschke 1984, Bd. 1, S. 266 ff.). Dies dürfte der DRP bei den Bundestagswahlen 1961 erheblich geschadet haben; jenes jüngere rechtsextreme Personenpotenzial mündete gleichwohl in die Wähler-, Mitglieder- und Aktivistenbasis der NPD mit ein.

Die Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands im Jahr 1964 scheint zunächst nicht viel mehr als ein neuerlicher Versuch der DRP gewesen zu sein, ihre Sammlungspolitik voranzubringen. Dennoch weicht die NPD-Gründung – und dies scheint eine Bedingung der frühen Erfolge dieser Partei gewesen zu sein – markant vom bisherigen Entwicklungspfad der nationaloppositionellen Sammlungsversuche ab. Nachdem mehrere Ansätze, zur Bundestagswahl 1965 mit den verschiedenen Parteiführungen eine Bündelung der rechtsextremen Kräfte auszuhandeln, an den üblichen Querelen, Konkurrenzen und Unstimmigkeiten über Programm, Strategie, Praxis, Organisation oder Personalia gescheitert waren, versuchte der sammlungswillige Kern der DRP, den Weg zunächst über das lose Wahlbündnis an der Basis zu gehen. Daher vermied man es diesmal, bestehende Parteien formell fusionieren oder sich einander assoziieren zu lassen. Es entstanden vielmehr ab 1963 zunächst Arbeitsgemeinschaften und freie Listenverbindungen auf kommunaler oder Landesebene. Die Gründung der Partei selbst, die im Herbst 1964 erfolgte, stellte sich nach außen als Initiative zahlreicher Einzelpersonen dar, welche zum Neuanfang bereit waren. Diese Bereitschaft wurde forciert durch die Zulassung von Doppelmitgliedschaften, die „für ein Wahlbündnis durchaus üblich“ (Rowold 1974, S. 228) ist, für die DRP aber besondere Vorteile mit sich brachte. Denn so konnten Apparat und Mitgliederbestand als wichtigster Aktivposten in die NPD eingebracht werden, während gleichzeitig „ein Rückzug auf alte Positionen der Reichspartei offen blieb“ (Rowold 1974, S. 228). Sobald sich die NPD etabliert hatte und die DRP-Funktionäre sich der Kontrolle über den Apparat sicher sein konnten, wurde dieser Vorbehalt überflüssig. Die DRP löste sich 1965 zugunsten der NPD auf; gleichzeitig wurde die Freigabe von Doppelmitgliedschaften satzungsmäßig beendet.

Hinter den Kulissen handelte es sich in einem solchen Maße um einen vom DRP-Apparat initiierten, forcierten und gesteuerten Prozess, dass man zu dem Schluss gelangen kann, es sei eigentlich nur „der Vorgang der faktischen Parteifusion verschleiert“ worden. (Rowold 1974, S. 228; vgl. Niethammer 1969, S. 66 f.). Aber dem sammlungswilligen Kreis ging es um mehr. Dies zeigt sich an der Bereitschaft, selbst in die zweite und dritte Reihe zurück zu treten und stattdessen prominente Führungspositionen mit Personen zu besetzen, die keine besonders gravierende nationalsozialistische Vorbelastung aufwiesen und auch nicht mit den nationaloppositionellen Parteien und Organisationen der Nachkriegszeit in Verbindung gebracht wurden. Stattdessen wurde die Absicht verfolgt, „auf allen Ebenen der Partei bürgerlich-konservative, politisch unbelastete Personen in repräsentative Positionen zu bringen und gleichzeitig den Parteiapparat zu kontrollieren“ (Rowold 1974, S. 220 f.). Die Zugeständnisse gingen aber

noch weiter und betrafen etwa auch die Programmatik, die Namenswahl und die strategische Orientierung. Es hat mithin den Anschein, als wäre es den Protagonisten der NPD-Gründung tatsächlich darum gegangen, aus dem selbst gewählten fundamentaloppositionellen Winkel heraus zu kommen, das Versprechen einer konstruktiven parlamentarischen Opposition zu geben, sich sogar zur Duldung bürgerlicher Regierungen bereit zu finden, wenn nicht gar zur Beteiligung an Koalitionen. Programmatische und strategische Offenheit, die die frühe NPD vielleicht noch stärker prägte als ihre Vorläuferpartei, garantierten zugleich die Integration des entschieden nationaloppositionellen und des neo-nationalsozialistischen Spektrums in die NPD.

Für die Bundestagswahl 1965 kam die NPD offenbar zu spät, denn sie erzielte nur 2 % der Stimmen; auch in Hamburg erreichte sie im folgenden Jahr nur 3,9 %. Der Karlsruher Bundesparteitag im Juni 1966, mit einer viel beachteten, hoch umstrittenen Rede des völkischen Ideologen Ernst Anrich, verschaffte der Partei breitere Aufmerksamkeit. Im November überwand sie in Bayern erstmals die 5 %-Hürde und zog in den folgenden beiden Jahren bei allen anstehenden Landtagswahlen, nämlich in Hessen, Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und schließlich Baden-Württemberg, in die Parlamente ein (Scheuch et al. 1969; Gnad 2005b, c; Kopke 2009; Prasse 2010). Es gelang ihr, ihre Mitgliederzahlen deutlich zu steigern, ihre Organisation erheblich auszubauen und eine Reihe von Nebenorganisationen zu etablieren. Die bereits von der Deutschen Reichspartei erreichte Hegemonie innerhalb des radikalen Nationalismus konnte die NPD verteidigen.³ Dabei verlief der Aufstieg der NPD keineswegs gradlinig und störungsfrei. In organisatorischer Hinsicht spricht Niethammer treffend von einer „Konsolidierung trotz Krisen“ (Niethammer 1969, S. 66 ff.). Neben anderen Querelen ist hier besonders an die Konflikte in der Parteiführung zu denken, in deren Gefolge 1967 der erste Parteivorsitzende Fritz Thielen die Partei verlassen musste und Adolf von Thadden den Vorsitz übernahm (Dudek und Jaschke 1984, Bd. 1, S. 321 ff.; Hoffmann 1999, S. 84 ff.).

³Die 1961 beim Ausscheiden der Nationalneutralisten aus der DRP gegründete Deutsche Freiheitspartei (DFP) versuchte zwar 1965 mit der Deutschen Gemeinschaft und anderen neutralistisch orientierten Gruppen in Form der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) eine konkurrierende Partei zu etablieren, konnte aber keine Wahlerfolge erzielen, vgl. Stöss 1980, 1986 f.

Programmatisch bestimmten die bereits in der Deutsche Reichspartei geübte Offenheit und der binnenkulturelle Opportunismus das Bild (Schmollinger 1986c, S. 1929 ff.; Dudek und Jaschke 1984; Hoffmann 1999, S. 300 ff., 274 ff.). Als Wahlbündnis konstituiert, gab sich die NPD zunächst überhaupt kein Programm, sondern – ähnlich wie in ihrer Frühphase Deutsche Reichspartei und Sozialistische Reichspartei – nur eine Art offener Agenda, das „Manifest“ der NPD. Ernst Anrichs Karlsruher Rede⁴ galt dann als programmatisches Schlüsseldokument, bis Ende 1967 auf dem Hannoveraner Parteitag ein Parteiprogramm verabschiedet wurde. Während das Programm wiederum stark im Unverbindlichen verblieb, entstand gleichzeitig unter maßgeblichem Einfluss Anrichs im Verlag des Thadden-Vertrauten Waldemar Schütz als weiteres zentrales programmatisches Dokument das „Politische Lexikon“ der NPD.

Das eigentliche Element historischer Kontinuität ist in der Überführung des Apparats und Funktionärskörpers der Deutschen Reichspartei in die NPD zu sehen, welcher dann auch über die Desintegrationsprozesse der Jahre 1969/1971 hinaus das stabile Gerüst für die Partei bildete. Die Deutsche Reichspartei brachte vor allem Personal mit organisatorischer Erfahrung und stabiler Vernetzung mit, zumal sie in der Aufbauphase ja formal weiter existierte, also über Kommunikationskanäle verfügte, durch die sie die NPD beeinflussen konnte, die aber der Kontrolle der übrigen Bündnispartner völlig entzogen blieben (vgl. Niethammer 1969, S. 67). Zugleich hatte es von Thadden bereits bei der Gründung erreicht, die Organisationsleitung der NPD in die Hand zu bekommen. In Vorständen und Gremien der Partei sicherte sich die „Thadden-Clique“ eine Vormacht. So wurden „in den Landesvorständen ... regelmäßig ... die zentralen Ressorts wie Finanzen, Organisation, Presse und Propaganda, nicht selten auch das Schiedsgericht mit Kräften besetzt, die sich schon als DRP-Funktionäre, häufig in denselben Ämtern, bewährt hatten“ (Niethammer 1969, S. 67). Auch Parteibüros brachte die DRP in die NPD ein. Als zweites „Faustpfand“ (Niethammer 1969, S. 67, 70) der DRP darf die Parteizeitung gelten. Das bislang unter dem Titel „Der Reichsruf“ herausgegebene Organ erschien seit Januar 1965 als NPD-Parteizeitung unter dem Namen „Deutsche Nachrichten“. Deren Gesellschafterkreis war „nahezu mit der ehemaligen DRP-Führung identisch“ und führte „in einem neuen Gewande und mit neuen Mitteln die auf der politischen Bühne nachhaltig gescheiterte Linie der verflorenen Reichspartei fort“ (Kohl 1968, S. 272; vgl. Bröder 1969; Hoffmann 1999, S. 429 ff.). Ungeachtet dieser Kontinuitäten kann die NPD „nicht

⁴Auszugsweise dokumentiert bei Richards 1967, S. 112 ff.; Maier und Bott 1968, S. 88 ff.; vgl. Niethammer 1969, S. 79 ff.

ausschließlich als Nachfolgepartei der DRP betrachtet werden“ (Kaltefleiter 1966, S. 137). Es handelte sich nicht um die Neubenennung, Umgruppierung oder Reform einer bestehenden Organisation, sondern es entstand wirklich eine neue Partei. Dies zeigt sich zumal bei den Wählerinnen und Wählern. Denn die NPD erschloss dem nationaloppositionellen Spektrum neue Wählerschichten in geografischer, sozialräumlicher, sozialer und generationeller Hinsicht, und es gelang ihr, „die Grenzen ihrer traditionellen, rechtsextremen Wählerhochburgen weit zu überschreiten. So drang sie in Regionen und Wählergruppen vor, in denen ihre Vorläufer erfolglos gewesen waren“ (Schmollinger 1986c, S. 1956). Insbesondere verlagerte sich der Schwerpunkt vom ländlich geprägten, nord-deutschen Raum in den Süden und Südwesten, wobei sich jetzt auch städtische Wählerschichten, zu einem bedeutenden Teil aus der Arbeiterschaft, angesprochen fühlten. „Die Sozialstruktur der NPD-Wähler hatte sich gegen Ende der sechziger Jahre ... an die der Gesellschaft der Bundesrepublik angenähert ...: Ihre Wählerschaft war sozial breit gefächert“ (Schmollinger 1986c, S. 1981; vgl. Scheuch et al. 1969). Generationell gelang es der NPD in der Zeit ihrer Wahlerfolge, zusätzlich zu den älteren Anhängern, die den Nationalsozialismus noch als Erwachsene erlebt hatten, Nationalisten aus zwei jüngeren, während der nationalsozialistischen Herrschaft und nach deren Ende geborenen Jahrgangskohorten ein politisches Betätigungsfeld zu bieten.

Gerade dieses Echo der NPD unter radikalen, aktivistischen, durch das „Vorbild“ des politischen Gegners aufseiten der linken außerparlamentarischen Opposition zusätzlich radikalisierten jüngeren Anhängern geriet aber in Konflikt mit der „bürgerlichen“ Linie der Partei. Angesichts des öffentlichen Gegendrucks radikalisierte sich das Auftreten der NPD. Nachdem im Gefolge der Studentenbewegung gewalttätige Protestformen insgesamt zunahmen, provozierten NPD-Veranstaltungen immer häufiger Ausschreitungen. Aber auch die Unfähigkeit der NPD, mit gewaltfreiem demokratischen Meinungsstreit umzugehen, beförderte diese Eskalation nachhaltig; zur Abschottung kamen gewalttätige Übergriffe auf Gegendemonstranten, und die NPD baute einen militanten Ordnerdienst (OD) auf. Die Kampagne zur Bundestagswahl 1969 führte fast überall zu heftigen Protesten, auf deren Höhepunkt der Leiter des Ordnerdienstes Schüsse auf Demonstranten abgab. Dies wirkte sich äußerst negativ auf die öffentliche Wahrnehmung der Partei aus und hat die NPD möglicherweise die entscheidenden Stimmen gekostet, die zum Einzug in den Bundestag nötig gewesen wären. So reichte es nur für 4,3 %. Die nun einsetzende Desintegration war eine Wirkung jener gegenläufigen Fliehkräfte, die nach der Wahlniederlage nicht mehr integriert werden konnten.

2.3 Zwischen den Strömungen des Rechtsextremismus

Nach dem Scheitern ihrer politischen Ambitionen bei der Bundestagswahl im Herbst 1969 setzte die NPD kurzzeitig auf die Karte des „Widerstands“. Die, nach mehrmonatigem Vorlauf, im Oktober 1970 von der NPD und kleineren radikalnationalistischen Bündnispartnern initiierte „Aktion Widerstand“ erwies sich indes aus Sicht der Parteiführung als katastrophaler Fehler (vgl. Niethammer 1971; Kopke 2010). In der „Aktion W“ waren wesentliche Elemente der Entwicklung des radikalen Nationalismus der 1970er Jahre schon angelegt: Der Versuch der Annäherung an die Union oder an „heimatlos“ gewordene nationalkonservative Kreise; ein neuer Aktivismus, der in Form und Auftreten auch Vorbilder der linken Protestbewegung imitierte; die Entstehung kleiner, gewaltbereiter proterroristischer Gruppen, die teils offen neo-nazistisch, teils an anderen Vorbildern orientiert waren; Bemühungen um „Intelktualisierung“ der Bewegung und Modernisierung ihres äußeren Erscheinungsbildes.

Die im Rahmen der Aktion Widerstand aufgetretenen Spannungen, Friktionen und Zielkonflikte beschleunigten zugleich einen Prozess, der bereits seit der Wahlniederlage 1969 eingesetzt hatte: Die nationalistische Sammlungsbewegung, die von der NPD organisiert worden war, brach jetzt wieder auseinander. Diese Desintegration zeigte sich auf allen Ebenen: Wähler, Mitglieder, Funktionäre und Führung drifteten gleichermaßen auseinander. Die Mitgliederzahlen begannen bereits seit 1970 kontinuierlich zu fallen. Bei den Wählern kam die Partei weder auf Bundes- noch auf Landesebene an, kommunale Hochburgen hielt sie nur ganz vereinzelt. Zu einigen wichtigen Wahlgängen trat sie gar nicht erst an. Die Parteizeitung Deutsche Nachrichten musste eingestellt werden. Dramatisch gestaltete sich die Führungskrise der NPD. Bereits seit dem Wertheimer Parteitag im Februar 1970 verließen Parteifunktionäre, die für einen gemäßigteren, bürgerlichen Kurs standen, die Partei. Auf dem Holzmindener Parteitag im November des folgenden Jahres kam es dann zum Eklat. Adolf von Thadden gab völlig überraschend – auch für den engsten Kreis seiner Mitstreiter – die Führung der NPD auf. Die parteiinternen Kritiker von Thaddens konnte sich aber ebenfalls nicht durchsetzen. Die Delegierten schenkten ihr Vertrauen Martin Mußnug, einem jüngeren, aber durch den Apparat der DRP vorgeprägten Parteimann, den von Thadden vorgeschlagen hatte.

Während die Wähler sich überwiegend einer radikaler auftretenden, oppositionellen CDU zuwendeten, gingen die aktiven Anhänger und Mitglieder der Partei unterschiedliche Wege. Ein Teil der NPD-Anhänger suchte mittelfristig den Weg

ins bürgerliche Parteienspektrum, insbesondere in die CDU, beziehungsweise in die politischen Kultur- und Interessenverbände am rechten Rand der Union sowie in die Vertriebenenverbände. Diese Gruppe wies teilweise Überschneidungen auf zu denjenigen Parteianhängern, die in der Deutschen Volksunion (DVU) des Münchener nationalistischen Verlegers Gerhard Frey eine neue Heimat fanden. Die DVU war zu diesem Zeitpunkt noch keine Partei und trat auch nicht zu Wahlen an, und in den 1970er Jahren empfahl sie ihren Mitgliedern in der Regel, ihre Stimme für die Unionsparteien abzugeben. Ein anderer Teil gründete 1972 eine Aktion Neue Rechte (ANR). Von hier aus entstanden Strömungen, die sich selbst der „metapolitischen“, lang- und mittelfristig gedachten Beeinflussung der öffentlichen Meinung und politischen Kultur widmeten und die unter der etwas diffusen Sammelbezeichnung „Neue Rechte“ zusammengefasst worden sind (vgl. Bartsch 1975; Feit 1987; Schönekäs 1990; Gessenharter und Pfeiffer 2004). Im Laufe der 1970er Jahre bildeten sich auch die ersten neo-nationalsozialistischen Kleingruppen mit nur schwacher oder völlig fehlender Anbindung an die „Erlebnisgeneration“ und die mit ihnen verwandten aktionistischen, prototerroristischen „Wehrsportgruppen“ heraus.

Die Suche nach einer eigenständigen, von anderen Teilen des Nationalen Milieus beziehungsweise der äußersten Rechten unterschiedenen, spezifischen NPD-Identität hat die Partei innerhalb des nationalen Lagers weiter isoliert. Bereits mit dem Wertheimer Manifest, der Überarbeitung des umstrittenen Politischen Lexikons und dem Düsseldorfer Programm von 1973 setzte ein Prozess der programmatischen Selbstverständigung ein. Ab Mitte der 1970er-Jahre war die Partei für einige Jahre bestimmt von „programmatischen Profilierungsversuchen“, welche „vor allem von Mitgliedern der NPD-Suborganisation ‚Junge Nationaldemokraten‘ betrieben [wurden], die zum Teil von nationalrevolutionären Positionen der Neuen Rechten beeinflusst waren“ (Schmollinger 1986c, S. 1928). Die Jungen Nationaldemokraten (JN) entwickelten sich zum dynamischsten Glied der NPD. Von ihnen gingen wichtige Impulse für Programmatik, Praxis und neue Formen des Auftretens aus. Erst 1970 wirklich bundesweit konstituiert, versuchten sie in den folgenden Jahren, sich selbst wie die Mutterpartei als „Dritte Kraft“ oder „Dritte Position“ zwischen den beiden „imperialistischen“ Welt- und „Besatzungsmächten“, den USA und der UdSSR, zu positionieren. Sie verbanden rebellische Attitüde mit politischer Schulung. Zugleich hielten sie Kontakt zu den befreundeten Jugendverbänden Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) und Wiking Jugend (WJ), zu den Wehrsport- und Neonazikreisen, nationalrevolutionären Zirkeln und zu nationalkonservativen Milieus. Vorläufig zum Erliegen, wenn auch nicht ganz zum Ende gekommen, war der für die NPD zunächst prägende, von

der DRP und ihren Vorläuferinnen ererbte Sammlungsgedanke, die eigentliche Existenzbegründung dieser Parteien in der Vergangenheit. Die NPD beschränkte den Kreis der von ihr erreichbaren Personen erheblich: Sie beschnitt auf der einen Seite den aktivsten und dynamischsten Teil ihrer Anhängerschaft, die pro-nationalsozialistische wie auch die nationalrevolutionäre Strömung, welche sich ihrerseits von der Partei, die ihnen zunehmend „reaktionär“ erschien, abwandten. Gleichzeitig aber vertiefte sich auch die Kluft zu den eher bürgerlich orientierten Kreisen, die sich der DVU anschlossen.

Die 1970er Jahre stellen mithin in der krisenreichen Geschichte der nationalen Opposition das kritischste Jahrzehnt dar: „Zu keinem Zeitpunkt ... in der Geschichte der Bundesrepublik war der Rechtsextremismus so unbedeutend ... wie in den siebziger Jahren“ (Hoffmann 1999, S. 137). Die Lage der NPD ist dabei sicher nicht unabhängig von den allgemeinen politischen Rahmenbedingungen zu sehen. Ein progressiver Zeitgeist, politische wie kulturelle Prozesse der Überwindung enger nationaler Grenzen, entspannungspolitische Tauwetterlagen und eine in der Opposition radikalisierte Union ließen kaum Spielraum für den Rechtsextremismus. Schmollinger sprach vom „Niedergang der NPD bis zur Bedeutungslosigkeit“ (Schmollinger 1986c, S. 1928). Dennoch sollte auch diese Phase nicht ausschließlich ‚verfallsgeschichtlich‘ gedeutet werden. Im Rückblick stellt sich vielmehr heraus, dass die Krise von einem Milieu- und Bewegungskern, der dem nationalen Lager verbunden blieb, genutzt wurde, um verschiedene Antworten auf die neue Lage und die veränderte Welt zu erproben, mit unterschiedlichen Formen und Inhalten zu experimentieren.

Dabei blieb die Fortexistenz der NPD eine organisatorische Voraussetzung für die etwa ein Vierteljahrhundert später einsetzende Re-Integration der auseinander gerissenen Entwicklungslinien. Schon in den 1980er Jahren begann ein sehr langsamer, sehr zögerlicher und erneut krisenhafter Prozess der Konsolidierung auf niedrigem Niveau. Tatsächlich hatte die NPD relativ früh erkannt, dass im kommenden Jahrzehnt Politik rechts von der Union unbedingt mit der Thematisierung der „Ausländerfrage“ zu verbinden war, welche sich hervorragend mit rechtsextremen Inhalten aufladen ließ (vgl. bereits Bott 1969). Um die Wende zu den 1980er Jahren griffen NPD-Gliederungen bündnispolitische Sammlungsbemühungen an der Basis zaghafte wieder auf und experimentierten in einzelnen Kommunen recht erfolgreich mit Wahllisten oder „Bürgerinitiativen für Ausländerstopp“ (vgl. Schmollinger 1986c, S. 1942). Verstrickungen ihrer Jugendorganisation mit gewaltbereiten Gruppierungen innerhalb des Rechtsextremismus beförderten eine Abgrenzung von den Organisationen und Positionen des Neonazismus, auch durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Seit etwa 1982/1983

gab sich die NPD für einige Zeit bürgerlich und seriös, rückte demonstrativ die Farben schwarz-rot-gold an die Stelle der alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot und trat insgesamt moderat auf, während sie gleichzeitig Ressentiments gegen Asylbewerber und andere Migranten aufgriff und politisch ausnutzte. Bereits zu diesem Zeitpunkt setzte die Debatte um ein neues, deutlich modernisiertes und moderat gehaltenes Parteiprogramm ein, das allerdings erst 1987 verabschiedet werden konnte. Die Bundestagswahl im März 1983 brachte erneut nur verschwindend geringe Wahlergebnisse; waren die Anteile jedoch von 1972 (0,55 %) zu 1976 (0,32 %) abgefallen und 1980 auf nur noch 0,18 % gesunken, bedeute das Ergebnis von 0,23 % immerhin einen geringfügigen Stimmenanstieg; 0,8 % bei den Europawahlen 1984 galten als Achtungserfolg. Nachdem auch die Bundestagswahl im Januar 1987 immerhin noch 0,6 % gebracht hatte, suchte die NPD wieder politische Bündnispartner. Im April traf sie Absprachen mit der Deutschen Volksunion, die sich inzwischen als Wahlpartei konstituiert hatte, um konkurrierende Kandidaturen zu vermeiden und gegebenenfalls unter dem Namen „Liste D“ mit anzutreten. In Bremen erreichte die DVU damit im September 1987 über 3 %, konnte in Bremerhaven die Fünf-Prozent-Hürde überspringen und entsprechend den besonderen Bestimmungen des bremischen Wahlrechts einen Abgeordneten in die Bürgerschaft entsenden. Trotz der starken Konkurrenz seitens der 1983 als Abspaltung von der Christlich-Sozialen Union (CSU) gegründeten Partei Die Republikaner (REP) (vgl. Funke 1989; Stöss 1990; Hennig 1991; Jaschke 1993), schien es für die NPD in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bergauf zu gehen (vgl. Müller 1989, S. 58 ff.; als regionale Fallbeispiele: Zaleshoff 1989; Hennig 1991). Auch der Wahlerfolg der REP in Berlin im Januar 1989 konnte als Beleg für ein gewachsenes rechtsextremes Wählerpotenzial verstanden werden.

2.4 Im Zeichen des Neonazismus

Die Ereignisse der Jahre 1989/1990 waren für die NPD durchaus ambivalent. Stets hatte sie auf deutschen Gebietsansprüchen beharrt, die über das Territorium von Bundesrepublik und DDR hinaus gingen, und stets hatte sie erwartet, dass mit einer Wiedervereinigung auch die Verfassungs- beziehungsweise Systemfrage auf die Tagesordnung gesetzt werden würde. Ihre Hoffnung, die Ordnung Deutschlands auf vermeintlich verfassungskonformem Wege radikal umgestalten zu können, bezog sich auf die Präambel des Grundgesetzes. Ein Beitritt zur Bundesrepublik, wie er 1990 erfolgte, befriedigte die Wünsche der NPD nicht. Zwar war man über den Fall des verhassten Regimes im Osten Deutschlands erfreut, erkannte im nationalistisch aufgeladenen Jubel der Monate nach dem 9. November 1989 das Potenzial für eine radikalnationalistische Massenbewegung und konnte nun endlich auch in „Mitteldeutschland“⁵ Aktivitäten entfalten. Dem steht aber gegenüber, dass es der NPD im Jahr 1990 nicht gelang, Vorteile aus dem politischen Umbruch zu ziehen. Während konservativ oder national orientierte Wähler die Unionsparteien und ihre ostdeutschen Bündnispartner favorisierten, rechtsextrem orientierte Wählergruppen mit Blick auf einen raschen Beitritt denselben Weg wählten, fehlte der „Altherrenpartei“ NPD die dynamische und aktivistische Kraft, die sich nur aus dem Umfeld des militanten Neo-Nationalsozialismus gewinnen ließ (vgl. Harnischmacher 1993; Pfahl-Traugher 1993; Bugiel 2002).

Nachdem der Versuch einer Zusammenarbeit mit der DDR-Blockpartei Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) gescheiterte war, wurde noch im Frühjahr 1990 eine Partei Mitteldeutsche Nationaldemokraten (MND) als Ableger in der DDR begründet, die im Zuge des Beitritts den Namen der westdeutschen Mutterpartei annahm und offiziell mit ihr fusionierte. Der – schleppende – Aufbau von Gliederungen im Beitrittsgebiet konnte aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die NPD bei der entscheidenden Wende der jüngsten deutschen Geschichte ratlos beiseite gestanden hatte und auch aus der verbreiteten nationalistischen Stimmung und der rasch einsetzenden Hatz auf Ausländer und politische Gegner durch Angehörige rechtsextremer Jugendsubkulturen keinen

⁵In der Bundesrepublik verwendet die nationale Opposition die territoriale Bezeichnung „Mitteldeutschland“ in der Regel für die fünf neuen Bundesländer respektive das Gebiet der früheren DDR. Der Begriff „Ostdeutschland“ ist für jene Territorien vorbehalten, die das Deutsche Reich im Zuge des Zweiten Weltkriegs verlor. Historisch galt als Grenze zwischen Mittel- und Ostdeutschland die Elbe. Durch die Politisierung traditioneller landschaftlicher Bezeichnungen und ihre geographische Verlagerung kappt die extreme Rechte ihrerseits das Verständnis für die geschichtliche Gliederung der Territorien Deutschlands.

Gewinn ziehen konnte. Die Mußnug-NPD hatte den organisatorischen Apparat am Leben erhalten; um eine erneute Dynamik zu entfalten, musste sich die Partei ändern. Dies zeigte sich bereits bei zwei Landtagswahlen in der ersten Jahreshälfte 1990 – im Saarland und Niedersachsen –, die für die NPD nur katastrophale 0,2 % brachten; zur ersten freien Volkskammerwahl im März 1990 wurde sie nicht zugelassen. Magere Ergebnisse bei den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern im Oktober kündigten die bittere Niederlage schon an: Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 erreichte die NPD nur 0,3 % der Stimmen.

So geriet die NPD ausgerechnet auf dem Höhepunkt nationalistischer Begeisterung und ausländerfeindlicher Mobilisierung in eine äußerst kritische Lage (vgl. Hoffmann 1999, S. 253). Der Parteivorsitzende Mußnug hatte, unterstützt durch von Thadden und andere ältere DRP- und NPD-Aktivist:innen, bereits seit den späten 1980er Jahren Verhandlungen aufgenommen, deren Ziel in der Schaffung einer neuen, politisch nicht vorbelasteten „Vereinigten Rechten“ bestand. Die Fortexistenz der NPD wurde dabei offenbar zunehmend eher als Problem betrachtet. Funktionäre, die noch die alte Deutsche Reichspartei kennen gelernt hatten, scheinen hier in Reflexe aus der Gründungsphase der NPD zurück verfallen zu sein. Dabei übersahen sie den von vornherein transitorischen Charakter, der die DRP von der phasenweise erfolgreichen „nationalen Sammlungspartei“ NPD unterschied. Zudem fehlte der organisatorische Unterbau eines eingespielten Apparats, wie ihn die DRP 1964/1965 erfolgreich in die NPD eingebracht hatte. Die quasi offizielle NPD-Parteigeschichte von 1999 schildert die Verhandlungen der Jahre 1989/1990 spöttisch: „Allen Ernstes sprachen die meisten Anwesenden von einem neuen Anfang, aber versammelt hatten sich symbolisch betrachtet 25 Jahre NPD-Parteigeschichte und ein paar Teilnehmer, die, von der NPD ausgehend, alle möglichen Gruppierungen durchlaufen hatten“ (Apfel 1999, S. 51). Der Eindruck, die Gruppe um Mußnug wolle die NPD, die „intakteste und bewährteste Organisation“⁶ der nationalen Opposition, im Zuge der Verhandlungen für eine „Große Rechte“ opfern, führte zu Misstrauen in der Partei. In Verbindung mit der Wahlniederlage, finanziellen Unregelmäßigkeiten und einer zunehmenden Isolierung des Parteivorsitzenden im Vorstand wurde dieser im Dezember 1990 zum Rücktritt bewegt. Walter Bachmann übernahm kommissarisch das Amt des Vorsitzenden, in das 1991 der jüngst wieder zur NPD übergetretene frühere JN-Vorsitzende und langjährige Mußnug-Kritiker Günter Deckert

⁶So der langjährige NPD-Aktivist Karl-Heinz Vorsatz in der Parteizeitung *Deutsche Stimme*, zitiert nach Hoffmann 1999, S. 255.

gewählt wurde. Damit verbunden war die Entscheidung, die NPD als Partei nicht in die neue Formation zu überführen, die 1991 als Deutsche Allianz-Vereinigte Rechte gegründet und bald darauf nach einem Rechtsstreit in Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) umbenannt wurde. Hinter Deckert stand der Parteiapparat.

In den folgenden beiden Jahrzehnten hat sich die NPD dann verändert, innerhalb des rechtsextremen Lagers neu positioniert, radikalisiert und für neo-nationalsozialistische Kreise geöffnet. In der jüngeren Literatur zur NPD wird die Ära Deckert noch als Schlussetappe einer vermeintlich „alten“ NPD betrachtet, als letzte Phase eines kontinuierlichen Verfallsprozesses, der erst mit der Ablösung Deckerts durch Udo Voigt umgekehrt worden sei. Die NPD unter Voigt wird in diesem Sinne sogar als eine „neue NPD“ bezeichnet (Brandstetter 2006a; Bergsdorf 2007; Pfahl-Traugher 2008, S. 23 ff.). Kontinuitätsgeschichtlich ist diese Sicht problematisch. Wichtige Elemente einer revidierten Politik kündigten sich bereits unter Deckert an und wurden von Voigt entschieden fortgeschrieben. Eine neue Phase in der NPD-Geschichte dürfte mithin eher zu Beginn der 1990er Jahre anzusetzen sein. Bereits unter Deckert lebten offenbar Tendenzen wieder auf, die DRP und NPD lange geprägt hatten und die erst in der Ära Mußnug abgebrochen worden waren. Hohe Priorität erhielt die Aufrechterhaltung der NPD als legale Partei und organisatorischer Apparat. Hierzu bedurfte es unter anderem einer hinreichend hohen Anzahl an Wahlbeteiligungen, um den Parteienstatus zu sichern. Auf dieser Basis durften dann Integrations-, Sammlungs- und Bündnisangebote erfolgen, wie dies bereits für die Ära Deckert belegbar ist. Gleichzeitig musste sich die NPD deutlicher von Deutscher Volksunion, Republikanern und Deutscher Liga für Volk und Heimat absetzen, als dies bisher geschehen war. Vor diesem Hintergrund ist Deckerts Radikalisierungskurs in den 1990er-Jahren zu sehen. Er machte aus der NPD in der öffentlichen Wahrnehmung phasenweise eine Ein-Punkt-Partei, die sich vornehmlich dem im eigenen Milieu bedeutsamen, nach außen wenig werbewirksamen, rückwärtsgewandten Thema der deutschen Zeitgeschichte zu widmen schien. Diese verengte Politik, die ihren Ausdruck in wiederholten Konflikten des Parteichefs mit dem Strafrecht findet, hat Deckert zweifellos, neben Führungsproblemen und finanziellen Skandalen, den Parteivorsitz gekostet. Es ist allerdings wahrscheinlich, dass die profilierte Wahrnehmung der NPD damit erfolgreich eingeleitet wurde. Sie war jetzt nicht mehr eine von mehreren ausländerfeindlich-rechtspopulistischen Parteien, die mit Ressentiments um das Potenzial politikverdrossener Wechselwähler buhlten, sondern konnte wieder als eigentliche Sachwalterin der nationalen Opposition auftreten. Auf diesem Wege hat Deckert der Partei vermutlich so etwas wie

„Street-Credibility“ verschafft und damit die spätere Integration des Neonazi-Spektrums in die Partei mit vorbereitet.

Die 1992 nochmals bestätigten Abgrenzungsbeschlüsse, die eine Expansion der Partei in dieses Feld jahrelang blockiert, sie aber zugleich auch vor staatlicher Verfolgung weithin bewahrt hatten, wurden mit der Amtsübernahme von Deckert zunehmend unterlaufen, wobei die Jungen Nationaldemokraten als Blockadebrecher auftraten. Mit Beginn einer staatlichen Verbotsoffensive gegen die Neonaziszene seit Ende 1992 drängten Anhänger und Aktivisten aus dem neonazistischen Spektrum in mehreren Wellen in die NPD und bildeten das eigentliche Potenzial für den Wiederaufstieg der Partei. Folgende Stationen dieser zunehmenden Nazifizierung weiter Teile der Partei lassen sich fixieren: 1993 erfolgte die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Mitgliedern der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), der Wiking Jugend und anderer bis Mitte der 1990er Jahre verbotener neonationalsozialistischer Gruppierungen wurde angeboten, sich der NPD oder den Jungen Nationaldemokraten anzuschließen. 1997 fusionierte dann ein Teil des Vereins Die Nationalen e. V. mit der NPD. Die Nationalen waren in den 1990er Jahren

ein wichtiger Motor, der die Organisation von Angehörigen des lebensweltlichen Milieus in explizit politische Gruppen wesentlich belebte. Aus der Rückschau betrachtet kommt ihnen vielleicht eine noch wichtigere Funktion zu: In der Krise der ‚nationalen Opposition‘ Mitte der 1990er-Jahre, als organisatorische Strukturen durch staatliche Intervention zerschlagen wurden, während die NPD im Neonazi-Spektrum noch nicht als Ersatzorganisation akzeptiert wurde ..., sorgten [die Nationalen] für ein Mindestmaß an Kontinuität und stellten einen überregionalen Organisationsrahmen zur Verfügung (Botsch und Kopke 2009, S. 61).

Nur regional wahrnehmbar, aber in der Wirkung entscheidender verlief die Kooperation zwischen Kameradschaftsnetzwerken und Jungen Nationaldemokraten bei Kampagnen und Einzelaktionen in den neuen Ländern, die unter dem Label Nationale und Soziale Aktivisten Mitteldeutschland (NSAM) standen. Nach dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren vollzogen dann 2004 mehrere führende Neonazis öffentlich ihre Hinwendung zur NPD und wurden auch in den Parteivorstand aufgenommen. Seither ist die NPD auf allen Ebenen von Neonazis durchsetzt.

1996, mit Beginn seiner Amtszeit forcierte Udo Voigt die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms, das im Sinne des oben beschriebenen binnenkulturellen Opportunismus weiter ein hohes Maß an Offenheit und Flexibilität gewährleistete. Voigts Desinteresse an den konkreten Inhalten der Programmatik zeigte sich unter anderem darin, dass er ambitionierteren Parteimitgliedern die

Arbeitskreise und programmatischen Kommissionen in der Regel als Spielwiese überließ und den oft widersprüchlichen Verlautbarungen dieser Kreise rhetorisch weitgehend zu folgen geneigt war. Auf Basis des 1996er-Programms entstanden dann auch eine Reihe weiterer programmatischer Dokumente auf Bundes- wie auf Landesverbandsebene (vgl. Hoffmann 1999, S. 329 ff.; Brandstetter 2006a, S. 107 ff.). Die programmatische Debatte kam dadurch also nicht zum Erliegen, konnte aber auch keine destruktive Lähmung der Parteipolitik bewirken.

Bald darauf formulierte Voigt ein strategisches Grundsatzpapier. Ein Element dieser Konzeption ist das „Drei-Säulen-Konzept“ (NPD-Parteivorstand 1999, siehe auch: NPD-Parteivorstand 2002; vgl. Brandstetter 2006a, S. 109 ff.; Pfahl-Traughber 2008, S. 42 ff.; Schulze 2009). Dabei sind die drei – später auch vier – Säulen keineswegs stringent gefasst und durch einheitliche Begriffe markiert. Zumeist ist vom „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“ und „Kampf um die Wähler“ oder „um die Parlamente“, bei der vierten Säule vom „Kampf um den organisierten Willen“ die Rede. Allerdings ging es Voigt weder darum, das Schicksal Deutschlands an den Wahlurnen, noch auf der Straße, noch auf „metapolitischer“ Ebene zu entscheiden. Politische Funktion des Konzepts war es vielmehr, den Sammlungsgedanken der alten DRP und frühen NPD wieder aufzugreifen und die erneute Integration der einzelnen Strömungen in die NPD zu ermöglichen. Das „Drei-Säulen-Konzept“ diente dabei als Vehikel, um jeder Strömung innerhalb der nationalen Opposition, jeder Personengruppe und Einzelperson zu signalisieren, dass sie mit den eigenen spezifischen Mitteln auf dem selbst gewählten Feld unter dem Dach der NPD agieren konnte. Die Desintegration in der vorangegangenen Phase war ja gerade nicht rein ideologisch-weltanschaulich begründet gewesen. Vielmehr kamen in ihr praxisbezogene Unstimmigkeiten über den einzuschlagenden Weg zum Ausdruck. Die neo-nationalsozialistische wie ein Teil der nationalrevolutionären Strömung stand dabei für einen „auf die Straße“ orientierten Aktionismus; die „Neue Rechte“ – verstanden als „intellektueller Rechtsextremismus“ – für „metapolitische“ Beeinflussung der geistigen und politischen Kultur; andere Strömungen für die Entfaltung klassischer parteipolitischer Aktivitäten und die Nutzung von Wahlkämpfen und parlamentarischen Plenardebatten als Propaganda-Plattform. Diese desintegrierten Handlungsoptionen galt es für Voigt, im Rahmen der NPD wieder zusammen zu führen.

Bereits ab 1998 lud Voigt die Angehörigen der neonazistischen Strömung ganz gezielt zu einer Mitwirkung in der NPD ein. Die zunächst entstandene neue Dynamik der NPD wurde durch die Debatte um ein Parteiverbot und die entsprechenden Verbotsanträge im Zeitraum von 2001 bis 2003 zunächst gedämpft. Als

die Bundesregierung indes verdeutlichte, dass sie die vom Bundesverfassungsgericht formulierten Verfahrenshemmnisse – mangelnde Staatsferne der NPD aufgrund der zahlreichen V-Leute von Verfassungsschutzbehörden – nicht auszuräumen bereit war, brachen alle Dämme. Nun strahlte die NPD mit neu gewonnenem Selbstbewusstsein in alle anderen Bereiche der nationalen Opposition aus, öffnete sich weit für Anhänger des Neonazi-Spektrums und begann zugleich, Wahlabsprachen mit der DVU in einem „Deutschland-Pakt“ zu fixieren. In diesem Zusammenhang ist sie sogar als „originär nationalsozialistische Partei“ gekennzeichnet worden (Kailitz 2007b, S. 337, vgl. 2007a).⁷ Die NPD entwickelte sich so für einige Jahre zum „Flaggschiff“ der nationalen Opposition in Deutschland (Botsch und Kopke 2009, S. 108). 2004 zog sie in den Sächsischen Landtag ein, 2006 in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, 2009 gelang es ihr erstmals in ihrer Geschichte, an eine parlamentarische Fraktionsarbeit anzuknüpfen und in Sachsen für eine zweite Legislaturperiode in einen Landtag einzuziehen; gleichzeitig verfehlte sie den Einzug in den Landtag von Thüringen nur knapp. Auch in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern zog sie ein zweites Mal ein. Bundesweit blieb sie bei Wahlen ohne Bedeutung.

2010 erreichte Udo Voigt, der schon länger als angeschlagen galt, zum Abschluss seiner Periode als Parteivorsitzender noch zwei bedeutsame Erfolge. Die DVU, die über lange Jahre zwischen Konkurrenz und Partnerschaft geschwankt hatte, deren Existenz – zumal als Wahlpartei – für die NPD aber insgesamt eher schädlich war, entschloss sich zur Fusion mit der NPD und Selbstaflösung. Zugleich gelang es Voigt, dass die NPD nach einer längeren Programmdiskussion ein neues Parteiprogramm verabschiedete, das bis heute in Geltung ist. Es fiel deutlich radikaler aus, als seine Vorgänger, wenngleich der offen neo-nationalsozialistische Flügel noch weitergehende Positionen angestrebt hatte. Ab 2011 geriet die NPD in eine erneute Krise von existenzieller Dimension. Das Bekanntwerden der Terrorakte, Straf- und

⁷Irritierend an dieser Zuschreibung ist zunächst die Definition des Begriffs „Nationalsozialismus“ als „Gattungsbegriff für rechtsextremistische Parteien, deren Programmatik eine nationalistische und/oder völkische Grundausrichtung mit einer starken Betonung sozialstaatlicher Elemente und dem Streben nach einer staatlichen Kontrolle der Wirtschaft kombiniert“, da eine solche Definition schon zur Kennzeichnung des historischen Nationalsozialismus auf deutlichen Widerspruch in breiten Kreisen der zeitgeschichtlichen NS-Forschung stoßen würde. Zum Zeitpunkt, als dieses Zitat formuliert wurde, galt zudem noch das NPD-Parteiprogramm von 1996, auf welches eine solche Zuschreibung m. E. nicht anwendbar ist. Vgl. NPD-Parteiprogramm 1997, o. S. (Punkt 7); ferner: NPD-Parteivorstand o. J. a, S. 16 ff.; NPD-Parteivorstand 2006a; Botsch und Kopke 2008a; zur stärkeren Betonung „sozialer“ Anliegen in jüngster Zeit vgl. NPD-Parteiprogramm 2010; Botsch und Kopke 2013, 2014.

Gewalttaten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) Anfang November 2011 und einiger Querverbindungen in die NPD sorgte für eine äußerst negative öffentliche Wahrnehmung. Fast zeitgleich wurde Udo Voigt Mitte November auf dem NPD-Parteitag in Neuruppin in einer Kampfabstimmung gegen den sächsischen NPD-Landespolitiker und langjährigen Vorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten, Holger Apfel, abgewählt. Was den Parteivorsitz angeht, begann nun eine sehr unruhige Periode, in der bereits 2013 Apfel durch den Fraktionsvorsitzenden der NPD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, abgelöst wurde, auf den bereits im folgenden Jahr der bis heute amtierende saarländische Landespolitiker Frank Franz folgte. Seit dem Amtsantritt von Franz ist es ruhig um die NPD geworden, nicht zuletzt wegen des Verbotsantrags der Bundesländer aus dem Jahr 2013. Als sich Ende 2013, Anfang 2014 eine neue Welle fremdenfeindlicher Mobilisierungen, Demonstrationen und Gewalttaten abzeichnete, waren NPD-Aktivisten stark präsent und stellten auch an zahlreichen Orten Logistik und Know-How für „Nein-zum-Heim“-Kampagnen zur Verfügung. Es gelang der NPD aber keineswegs, diesen Prozess zu steuern, und an den Wahlurnen profitierte die 2013 neu gegründete nationalpopulistische Rechtspartei Alternative für Deutschland (AfD), nicht selten auf Kosten der NPD-Stimmen, von der neuen Stimmungslage in Deutschland. Die weitere Entwicklung der Partei ist offen und dürfte in erster Linie vom Ausgang des Verbotsverfahrens abhängen.

Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft
Ideologie und Programmatik der NPD und ihres
rechtsextremen Umfelds

Botsch, G.

2017, X, 126 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-14958-1